

# Grüne: Kiffern soll es in Bayern besser gehen

Fraktion will Besitz bis sechs Gramm von der Strafverfolgung befreien — CSU winkt ab, SPD hat Bedenken

VON ROLAND ENGLISCH

Bayern fährt unter allen Bundesländern die härteste Linie gegen Kiffer. Die Grünen wollen das ändern.

MÜNCHEN – Das Thema ist diffizil, weil facettenreich. Selbst die CSU, sonst wenig kompromissbereit bei Cannabis, denkt über Ausnahmen für Schwerstkranke nach. Im Gesundheitsausschuss haben ihre Abgeordneten vor kurzem einem entsprechenden Antrag zugestimmt.

Wenn der Landtag dem folgt, muss sich Bayern demnächst im Bundesrat dafür starkmachen, dass schwer kranke Menschen legal an Cannabisprodukte kommen. Und dass die Kosten dieser Schmerztherapie die Krankenkassen übernehmen. „Das ist ein großer Erfolg“, sagt Ulrich Leiner, Grünen-Abgeordneter im Landtag.

## Voller Einsatz für nichts

Erfolg beflügelt. Und so wagen die Grünen ihren zweiten Schritt. Auch in Bayern müsse gelten, was in anderen Bundesländern längst Praxis ist, sagen sie. Wer nicht mehr als sechs Gramm Cannabis bei sich trägt, soll nicht nur straffrei bleiben. Die Behörden sollen gar nicht erst gegen ihn ermitteln. Bislang läuft der Apparat an, sobald Beamte auf Haschisch stoßen, und sei die Menge noch so gering. Die Fahnder durchsuchen die Betroffenen, ihre Wohnungen, legen Akten an und übergeben den Fall der Staatsanwaltschaft. Die stellt später fast ohne Ausnahme das Verfahren ein, so es sich um das erste Mal handelt.

Andere Bundesländer sparen sich die Arbeit, vorausgesetzt, die erappten Kiffer haben nicht mehr als sechs Gramm für den Eigenbedarf dabei. Berlin ermittelt sogar erst ab 15 Gramm. Das, sagt die grüne Innenpolitikerin Katharine Schulze, sei auch richtig. Sie will die Haschischkonsumenten entkriminalisieren und die Sicherheitsbehörden entlasten.

CSU und Freie Wähler winken ab. CSU-Gesundheitsministerin Melanie Huml führt, „schwerwiegende gesundheitliche Risiken“ ins Feld, warnt vor der „Entwicklung einer schizophrenen Psychose und weiterer psychiatrischer Erkrankungen“ durch Cannabis, vor Bronchial- und Herz-Kreis-



Schon lange tobt der Streit darum, wie gefährlich Cannabis tatsächlich ist. Die einen glauben, Haschisch sei der Wegbereiter für weit schlimmere Drogen, die anderen wollen Cannabiskonsumenten aus der Kriminellen-Ecke holen. Archivfoto: dpa

lauferkrankungen und vor einem deutlich höheren Risiko für Lungenkrebs.

Wie stark die Risiken sind, ist unter Medizinern umstritten. Für die Grünen steht diese Frage gar nicht so sehr im Vordergrund. Sie argumentieren damit, dass Cannabis unter den Suchtgiften nur auf Platz 13 rangiere, Tabak und Alkohol dagegen hinter Crack und Heroin auf den Plätzen drei und vier. Tabak und Alkohol sind in Deutschland nach wie vor anerkannte Drogen. Und sie verweisen darauf, dass Sicherheitsbehörden wie Fachleute den Kampf gegen die Drogen und die Drogenkartelle als gescheitert betrachten. Das sieht auch Lorenz Böllinger so, Bremer Strafrechtsprofessor und Mitinitiator einer Resolution deutscher Strafrechtler.

Sie fordern, dass der Gesetzgeber für jede Droge ein eigenes Konzept entwickeln müsse. Knapp die Hälfte seiner Kollegen haben das Papier

unterschrieben; auch wenn Böllinger betont, die Resolution verlange „nicht unmittelbar die Freigabe der Drogen“, so legt sie diesen Schritt nahe.

Für die Strafrechtler gibt der Staat zu viele Instrumente aus der Hand, wenn er Drogen pauschal verbietet. Weder könne er ihre Verfügbarkeit noch ihre Qualität kontrollieren; er verzichte auf Steuereinnahmen, kriminalisiere seine Bürger, fördere das organisierte Verbrechen. Und müsse doch eingestehen, dass er in 45 Jahren nicht eine einzige Schlacht gegen die Drogen gewonnen habe.

## Keine Kriminellen

Die Grünen sehen das genauso und finden, die Milliarden, die nicht nur Deutschland bisher in den Antidrogenkrieg stecke, seien in der Prävention deutlich besser angelegt. Die Konsumenten, sagt Ulrich Leiner, „sind keine naturgegebenen Kriminellen und

Dissozialen. Sie werden aber in Bayern dazu gemacht.“

Das findet auch die SPD nicht gut. Doch ihre Abgeordneten tun sich schwer mit dem Thema. Die Fraktion wird im Lauf dieser Woche ihre Linie abstecken. Schon jetzt ist klar, wie groß die Bandbreite der Meinungen ist. Die reicht von Zustimmung bis zur grundsätzlichen Ablehnung.

Sie selbst sei „eher zurückhaltend konservativ“, sagt die SPD-Rechtspolitikerin Alexandra Hiersemann. Manche in ihrer Fraktion sehen Cannabis als Einstiegsdroge, andere wollen grundsätzlich keine Drogen freigeben. Leicht, sagt Hiersemann, mache es sich bei der SPD niemand. Doch auch sie warnt indirekt vor falsch verstandener Liberalität. Schon der Vergleich mit Tabak und Alkohol stößt ihr sauer auf. „Wenn, dann muss ich das doch umgekehrt denken. Und beides ebenfalls verbieten.“

schuss

Rüstungsgeschäfte mit den Saudis